(WL/KR)
Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind.
Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Maike Rademaker: Ein-Euro-Jobs verschlechtern Berufsaussichten**
   Ein-Euro-Jobs helfen kaum einem Arbeitslosen dabei, einen regulären Job zu finden. Und selbst wer eine neue Beschäftigung findet, ist oft weiter auf Hartz IV angewiesen, weil er eine schlecht bezahlte Stelle annehmen und seinen Lohn aufstocken muss.
   Quelle: FTD
2. **Eine Studie zeigt: Viele Bürger empfinden Arbeitslose als Last**
   Der Druck ökonomischer Verhältnisse hat beachtliche Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber anderen Menschen – nur wer was leistet zählt, lautet das Credo vieler der Befragten. Der Rest wird als Last empfunden. So erhielten die Wissenschaftler recht hohe Zustimmungswerte für die Aussage: „Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten“

   Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer schlussfolgert: „Das Eindringen von Kalkülen der Marktwirtschaft in die Gesellschaft, die so zur Marktgesellschaft wird, zeigt sich in diesem Denken“. Heitmeyer beunruhigt der Befund, dass das „ökonomistische Denken“ offenbar den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährde. Langzeitarbeitslose würden zum Beispiel in breiten Teilen der Öffentlichkeit stigmatisiert, ihnen werde ein Image zugeschrieben, nach dem ihre mangelnde Arbeitsmoral der entscheidende Grund für ihre Arbeitslosigkeit ist.
   Quelle: Tagesspiegel

   Anmerkung AM: *Auch das war absehbar.*

3. **Zeitarbeitsbranche fordert Mindestlohn**
   Im Koalitionsstreit um Mindestlöhne hat Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) Unterstützung von der Zeitarbeit bekommen. Zwei der drei Branchenverbände, BZA und IGZ, haben offiziell die Aufnahme in das Entsendegesetz beantragt und damit das Prozedere für einen branchenspezifischen Mindestlohn für rund 600.000 Leiharbeiter

gestartet.
Quelle: FTD

4. **Renten: 12 Monatseinnahmen fast so hoch wie 13 in 2006**
Die Rentenversicherer profitierten vom Wirtschaftsboom des vergangenen Jahres. Auch die Nachhaltigkeitsrücklage wächst. Die gesetzlichen Rentenversicherungsträger haben im Jahr 2007 mit zwölf Monatseinnahmen fast genau so viele Beiträge kassiert wie mit 13 Einnahmen im Vorjahr. Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund beliefen sich die Zahlungen an die zwei bundesweiten und 14 regionalen Rentenversicherer im vergangenen Jahr auf knapp 174 Milliarden Euro. Das waren nur etwa sechs Milliarden Euro weniger als im Jahr 2006, in dem die Sozialkassen wegen der Umstellung der Beitragsfälligkeit einmalig 13 Monatsbeiträge einnahmen. Eine Monatseinnahme der Rentenversicherung belief sich im vergangenen Jahr auf durchschnittlich knapp 14,5 Milliarden Euro.
Ursache des erheblichen Beitragswachstums war der wirtschaftliche Aufschwung im vergangenen Jahr. Dieser schlug sich besonders deutlich bei den Pflichtbeiträgen von Arbeitnehmern und Unternehmen nieder. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Einnahmen trotz der zusätzlichen Monatseinnahme im Jahr 2006 nur um knapp zwei Milliarden Euro zurück. Im letzten Quartal wuchsen die Beitragszahlungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegenüber dem Vorjahr sogar um monatlich etwa eine halbe Milliarde Euro.
Quelle: Ihre Vorsorge

Anmerkung: *Bemerkenswert, wie sehr ein verhältnismäßig schwaches Wirtschaftswachstum bereits zur Stabilisierung der Gesetzlichen Rente beitragen kann. Wie würde sich erst ein Aufschwung auswirken, der diesen Namen verdient?*

5. **Sorge um soziale Marktwirtschaft: Ex-Wirtschaftsführer Henkel attackiert Köhler**
Hans-Olaf Henkel, Wirtschaftsfachmann mit Erfahrungen im In- und Ausland, macht Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzlerin Angela Merkel mitverantwortlich für das sinkende Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft. „Ich muss Frau Merkel und sogar dem Bundespräsidenten die Ohren lang ziehen.“ Beide hätten durch pauschale Kritik an Manager-Gebaren die mangelnde Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung mit zu verantworten.

Henkel kritisierte auch NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) sowie Bundesagrarminister Horst Seehofer (CSU). Wenn Oskar Lafontaine von der Linkspartei das Wirtschaftssystem besonders laut geißle, sei das politische

Rattenfängerei. Gravierender seien Bemühungen hochrangiger Vertreter der Volksparteien, sich der Systemkritik schrittweise zu nähern. Bei Spitzenpolitikern wie Rüttgers und Seehofer erkenne er dahinter die Methode, von Reformnotwendigkeiten abzulenken. Deutschland befinde sich auf einer abschüssigen Bahn nach links. Das Land kranke an zu hoher Arbeitslosigkeit. Es gebe keinen funktionierenden Arbeitsmarkt und den weltweit höchsten Lohnzusatzkosten-Anteil: „Auf jeden gezahlten Euro Lohn kommen 83 Cent Lohnnebenkosten. Das ist mehr als irgendwo sonst und ein Hauptgrund für Arbeitslosigkeit."
Quelle: RP Online

Anmerkung WL: *Nur ein Beispiel, wie hier unwidersprochen die glatte Unwahrheit gesagt werden darf: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes legen Arbeitgeber auf jeden Euro 33 Cent obendrauf, damit liegt Deutschland auf dem 14. Rang der 27 EU-Staaten. Aber wie sollten solche Zahlen einem Journalisten der Rheinischen Post präsent sein.*

6. **Bahn-Privatisierungspläne sorgen für Unruhe**
   Bei der geplanten Teilprivatisierung der Deutschen Bahn gibt es in der SPD Befürchtungen, ihr Volksaktien-Modell könnte unter den Tisch fallen.
   Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am Wochenende unter Berufung auf Koalitionskreise, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) arbeite unter Hochdruck daran, Teile der Bahn noch in diesem Jahr an private Investoren zu verkaufen. Das SPD-Modell mit der Ausgabe von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht spiele dabei keine Rolle mehr.
   Quelle: FR
7. **Patienten sollten die Pillen kennen, die sie schlucken**
   Falscher Umgang mit Medikamenten führt ansonsten schnell zu ungewollten Krankenhausaufenthalten. Thomas Kaiser vom „Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen" (IQWIG) hält es für fraglich, ob Ärzte immer Nutzen und Risiken einer Medikation abwägen können. Die meisten bezögen ihr Wissen von den Herstellern. Die aber spielten naturgemäß die Wirksamkeit ihrer Produkte hoch und die Nebenwirkungen herunter. Die Pharmaindustrie beherrsche sowohl die Arzneimittelforschung als auch die ärztliche Fortbildung.
   Quelle: Tagesspiegel
8. **Verlagerung: Arbeitsklima leidet**
   Wenn Unternehmen Betriebsteile verlegen, gehen dadurch nicht immer Arbeitsplätze verloren. Oft verschlechtern sich jedoch die Arbeitsbedingungen, zeigt die WSI-Betriebsrätebefragung.

In jedem dritten betroffenen Unternehmen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen. Das gilt sowohl für den Heimatstandort als auch für die Mitarbeiter am neuen Standort. Meistens müssen Belegschaften sich mit längeren Arbeitszeiten abfinden. Und: Der Arbeitsdruck bei den Beschäftigten habe durch die Standortverlagerung zugenommen, berichten über 90 Prozent der Betriebsräte mit Verlagerungserfahrung. In 80 Prozent hat nach Aussage der Arbeitnehmervertreter das Betriebsklima gelitten. Zudem gibt es häufig organisatorische Schwierigkeiten: In vier von fünf Betrieben kommt es zu Kommunikationsproblemen zwischen den Standorten.
Quelle: Böckler Impuls

9. **Bayern lässt prüfen**
   Wer im öffentlichen Dienst des Freistaats Bayern arbeiten will, muss auf einem »Fragebogen zur Prüfung der Verfassungstreue« angeben, ob er die Partei Die Linke unterstützt.
   Quelle: junge Welt

   Anmerkung: *Aber der Vizekreisvorsitzende der CSU Regensburg, Fürst, darf ruhig mit der NPD anbandeln.*

10. **Akademikersteuer statt Studiengebühren**
    Die abschreckende Wirkung von Studiengebühren ist evident – und sie ist nachvollziehbar. Die Wahrscheinlichkeit, ein erfolgreiches Examen später auch in ein gutes Gehalt ummünzen zu können, hat sich gegenüber früheren Jahrzehnten drastisch vermindert. Hinzu kommt eine Studienabbrecherquote von 30 Prozent. Zugleich werden die Studiengänge derzeit deutlich gestrafft. Damit sinken die Chancen derer, die nebenher jobben müssen. Das Risiko, später auf dem akademischen Arbeitsmarkt ausgesiebt zu werden oder vorher schon, während des Studiums, trifft junge Menschen aus bislang bildungsfernen Familien stärker als Akademikerabkömmlinge. Deshalb wird mit Studiengebühren und erst recht mit dem Ansinnen, das Studium mit Verschuldung zu finanzieren, die soziale Schichtung in Deutschland zementiert.

    Will man in der Tat die später Gutbetuchten für die Kosten ihrer Ausbildung stärker zur Kasse bitten, so gibt es andere, weniger abschreckende Wege. Ein verblüffend einfaches funktionales Äquivalent zu Studiengebühren ist ein Aufschlag auf die Einkommensteuer ab etwa einem Akademikereinstiegsgehalt. Auf diese Weise träfe es

nur die Erfolgreichen; die Gescheiterten müssten eine derartige Akademikersteuer nicht aufbringen. Die Angst, als Abbrecher, als glückloser Anwalt oder als Architekt ohne Anstellung und Aufträge bis ans Lebensende mit dürftigem Einkommen eine nicht zu bewältigende Verschuldung am Hals zu haben, wäre vorbei.
Quelle: Linksnet

Anmerkung WL: *Wenn man schon den Akademikern „in die Tasche greifen will", dann wäre es erheblich unkomplizierter gewesen, eine „Akademikersteuer" zu erheben. Dann hätte man wenigstens diejenigen belastet, die durch ihr Studium schon einen entsprechenden Lohn oder Einkommen beziehen, und nicht diejenigen Akademiker, die noch kein Einkommen erzielen. Es bedürfte dann nicht des riesigen, dezentralen, vielfachen Verwaltungsaufwands vom Einzug der Gebühren bis zum Inkasso der Kredite. Die vorgezogenen Kosten für ein Studium für eine später zu erzielende Bildungsdividende sind ein weiterer Bruch des Generationenvertrages. Merkwürdig, dass gerade die Gewinner der Bildungsexpansion bei der Nachfolgegeneration abkassieren wollen. Warum sind sie nicht dazu bereit, etwa über eine Akademikersteuer ihr „kostenfreies" Studium nachzufinanzieren?*
Vgl. NachDenkSeiten schon 2006

11. **Bären-Marke**
Der Ruf einer Hochschule hängt nicht mehr allein von exzellenter Forschung ab – im Wettbewerb um die besten Studenten, Professoren und um Spender setzen Universitäten verstärkt auf Werbung und gutes Image.
Quelle: FTD

Anmerkung WL: *Wer sich im Wettbewerb um Forschungsmittel und nicht mehr bei der Anerkennung innerhalb der Forschergemeinschaft durchsetzen will, braucht eben mehr Marketing als wissenschaftliche Exzellenz.*

12. **Ressource Kind**
Bildung als Business: Eine Firma aus Berlin will Deutschland mit zweisprachigen Ganztagsschulen überziehen. Das Konzept schlägt ein.
Schule als Geschäftsmodell. Das ist neu hierzulande. Nicht eine pädagogische Idee, sondern professionelle Marktforschung treibt die Gründungen. Das Angebot orientiert sich am Bedarf, an den Wünschen der Eltern – auch das ist neu. Die Schulen arbeiten zweisprachig, englisch und deutsch. Sie haben kleine Klassen mit je zwei Lehrkräften. Der Unterricht beginnt um neun und läuft ganztags. Es gibt keine Hausaufgaben. Die

Gebühren sind nach Einkommen gestaffelt. Dieses Konzept ist so erfolgreich, dass die Phorms AG an ihrem Standort München Wartelisten schließen musste.
Quelle: Focus

Anmerkung WL: *So funktioniert das, die bürgerlichen Verfechter des Turbo-Abiturs peitschen erst die Reformen durch, machen die öffentlichen Schulen kaputt und schicken ihre Kinder nachher in die wohlbehüteten teuren Privatschulen.*

13. **Obama boomt im Internet**
US-Präsidentschaftsbewerber buhlen im Web mit allen Mitteln um die Gunst ihrer Wähler – aber keiner ist darin so brillant wie Barack Obama. Und erfolgreich: Seine Netzkampagne wird die Wahl maßgeblich beeinflussen.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung: *Das lässt uns von den NachDenkSeiten ja hoffen.*